

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung.....	13
A. Einführung und Problemaufriss.....	13
B. Gang der Darstellung.....	16
§ 2 Die Bedeutung von Accounts im elektronischen Geschäftsverkehr	17
A. Der elektronische Geschäftsverkehr	17
I. Der Begriff „elektronischer Geschäftsverkehr“	18
II. Die elektronische Willenserklärung.....	19
III. Der Vertragsschluss im Internet	20
IV. Besonderheiten	21
1) Neue Paradigmen des elektronischen Geschäftsverkehrs.....	21
2) Das Vertrauensproblem	22
B. Die Bedeutung von Accounts	23
I. Alternative Vertrauensmechanismen	24
II. Die digitale Signatur.....	25
III. Der Account als praxisgerechteste Lösung.....	27
IV. Möglichkeiten des Accountmissbrauchs	28
V. Zwischenergebnis	29
§ 3 Der rechtsgeschäftliche Accountmissbrauch in der Rechtsprechung.....	31
A. Die Entwicklung der Rechtsprechung	31
I. Die Btx-Rechtsprechung.....	31
II. Haftung für den Telefonanschluss (R-Gespräch) – BGHZ 166, 369	33
III. Die Halzband-Entscheidung (BGHZ 180, 134) – Störerhaftung im Internet.....	36
B. BGHZ 189, 346 ff. und die neue Lösung des BGH.....	37
I. Zum Sachverhalt	38
II. Das Urteil.....	38
§ 4 Kritische Würdigung der Rechtsprechung	43
A. Das Handeln unter fremdem Namen	44
I. Einführung	44
1) Terminologische Einordnung	44

a) Name	44
b) Eingrenzung des Begriffs „Handeln“	45
c) Die Fremdheit eines Namens	45
d) Wann liegt ein Handeln „unter fremdem“ Namen vor?	46
2) Zwischenergebnis zum Begriff des „Handelns unter fremdem Namen“	49
II. Die Rechtsfolgen des Handelns unter fremdem Namen	50
1) Die Nichtigkeitstheorie	51
a) Nichtigkeit wegen Widersprüchlichkeit der Erklärung	51
b) Aus dem Gesetz folgende Nichtigkeit der Erklärung	53
2) Eigengeschäftstheorie	53
3) Die Vertretungstheorie	55
4) Überblick über die Rechtsprechung	58
5) Stellungnahme	60
a) Zur Nichtigkeitstheorie	60
b) Zur Eigengeschäftstheorie	62
c) Zur Vertretungstheorie	64
aa) Voraussetzungen eines Analogieschlusses	65
bb) Übertragung auf die vorliegende Fallgestaltung	65
III. Das Handeln unter fremdem Namen im Internet	68
1) Handeln unter fremder Nummer?	68
2) Handeln „unter dem Account“ eines Dritten im Internet	70
B. Die Anscheinsvollmacht	71
I. Einführung: Stellvertretung und Anscheinsvollmacht	71
1) Rechtsgeschichtliche Entwicklung	71
2) Das Entstehen der Rechtsscheinhaftung bis hin zur Anscheinsvollmacht	73
a) Die Duldungsvollmacht	75
b) Die Anscheinsvollmacht	77
II. Die Anscheinsvollmacht in der Rechtsprechung	77
1) Meilensteine der Entwicklung	78
2) Der Bundesgerichtshof	83
a) Die Übernahme der Rechtsprechung durch den BGH	83
b) Voraussetzungen der Anscheinsvollmacht nach dem BGH	84
aa) Rechtsschein einer Bevollmächtigung	84
bb) Verschulden des Vertretenen	85
cc) Gutgläubigkeit des Geschäftspartners	86
dd) Kausalität zwischen „Bevollmächtigung“ und Geschäftsabschluss	86
c) Die Wirkungen der Anscheinsvollmacht	87
III. Die Anscheinsvollmacht in der Lehre	87

1)	Die Anscheinsvollmacht als Rechtsgeschäft	88
a)	Die älteren Ansichten Flads, Hupkas und Manigks	89
b)	Die moderneren Ansichten von Craushaars und Pawlowskis	90
c)	Stellungnahme	91
aa)	Anwendungsbereich nur im Handelsrecht	92
bb)	Das Verhalten des Geschäftsherrn als Willenserklärung?	93
cc)	Rein deklaratorischer Charakter	94
2)	Die Anscheinsvollmacht als Unterfall der „culpa in contrahendo“	95
a)	Anscheinsvollmacht und Privatautonomie	96
b)	Die Anscheinsvollmacht als Unterfall der <i>culpa in contrahendo</i>	96
c)	Stellungnahme	97
aa)	Zum Spannungsverhältnis von Privatautonomie und Anscheinsvollmacht	97
bb)	Die Voraussetzungen der culpa in contrahendo bei der Anscheinsvollmacht	100
3)	Die Anscheinsvollmacht als analoge Anwendung der. §§ 171 Abs. 1 BGB, 172 Abs. 1 BGB und § 56 HGB	103
a)	Vergleichbarkeit von Anscheinsvollmacht und §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1	104
aa)	Die §§ 171 Abs. 1, 172 Abs. 1 als Rechtsscheintatbestände?	104
bb)	Vergleich der Tatbestandsstruktur der §§ 171,172 mit der Anscheinsvollmacht	105
b)	Zwischenergebnis	107
c)	Vergleichbarkeit von Anscheinsvollmacht und § 56 HGB	107
d)	Gesamtanalogie aus §§ 171 Abs. 1, 172 BGB Abs. 1 sowie § 56 HGB	108
e)	Stellungnahme und Ergebnis	109
4)	Alternative Erklärungsansätze	109
a)	Treu und Glauben nach § 242 als Geltungsgrundlage	110
b)	Die Anscheinsvollmacht als Gewohnheitsrecht	110
aa)	Die Voraussetzungen des Gewohnheitsrechts	111
bb)	Übertragung auf die Anscheinsvollmacht	111
5)	Die Anscheinsvollmacht als Teil des Rechtsscheinprinzips	112
a)	Die frühe Rechtsscheintheorie	114
b)	Modernere Rechtsscheinlehren	119
c)	Die Vertrauenshaftung kraft schlüssigen Verhaltens	123
d)	Die Anscheinsvollmacht und die Vertrauenshaftung bei Canaris	125
aa)	Zur Vertrauenshaftung	126
bb)	Die Anscheinsvollmacht	127
cc)	Bewertung	128

e)	Stellungnahme.....	130
f)	Die allgemeinen Voraussetzungen der Rechtsscheinhaftung.....	132
aa)	Objektiver Rechtsscheintatbestand.....	132
bb)	Zurechenbarkeit.....	132
cc)	Gutgläubigkeit auf Seiten des Dritten.....	137
dd)	Kausalität.....	137
ee)	Rechtsfolge.....	137
IV.	Zusammenfassung und eigene Bewertung.....	138
1)	Die Geltungsgrundlage der Anscheinsvollmacht aus dem Rechtsscheinprinzip.....	138
2)	Die Anscheinsvollmacht als Institut auch des Bürgerlichen Rechts.....	139
C.	Die Anwendbarkeit der Anscheinsvollmacht für das Handeln unter fremdem Namen im Internet.....	140
I.	Grundkonstellationen.....	140
II.	Die Untauglichkeit des Rechtsinstituts Anscheinsvollmacht zur rechtsgeschäftlichen Einordnung des Accountmissbrauchs.....	143
III.	Die Anwendbarkeit der Anscheinsvollmacht für das Handeln unter fremdem Namen generell.....	148
D.	Weitere Kritikpunkte.....	149
I.	Die mangelnde Sicherheit von Passwörtern als Argument des BGH.....	149
II.	Zur Abgrenzung vom Halzband-Urteil.....	153
III.	Zur Nichtberücksichtigung der AGB.....	155
E.	Zusammenfassung zu BGHZ 189, 346 ff.	159
§ 5	Alternative Lösungsansätze für die rechtsgeschäftliche Haftung beim Accountmissbrauch.....	161
A.	Analoge Heranziehung von § 172.....	161
I.	Das differenzierte System von Oechsler.....	161
II.	Die analoge Anwendung der §§ 171, 172.....	168
III.	Stellungnahme.....	170
1)	Zum differenzierten System von Oechsler.....	170
a)	Zum Vorliegen eines vorvertraglichen Schuldverhältnisses.....	171
b)	Übertragung des Verschuldensmaßstabs aus § 675v Abs. 2.....	173
c)	Inhalt eines Anspruchs gem. §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 2, 241 Abs. 2.....	174
d)	Zwischenergebnis.....	174
2)	Zur analogen Anwendung der §§ 171, 172.....	175
B.	Analoge Heranziehung von § 675v.....	177
I.	Die Haftung gem. § 675v Abs. 1 S. 1.....	179
II.	Die Haftung gem. § 675v Abs. 1 S. 2.....	179

III. Haftung gem. § 675v Abs. 2.....	179
IV. Übertragung der Haftung aus § 675v auf den Accountmissbrauch	180
C. Heranziehung eigenständiger Rechtsscheintatbestände.....	184
I. Die Modifizierung hergebrachter Rechtsscheintatbestände	184
1. Objektiver Rechtsscheintatbestand.....	186
2. Zurechenbarkeit.....	187
3. Schutzwürdigkeit des Vertragspartners	188
4. Rechtsfolge.....	188
II. Das mehrgleisige System der Rechtsscheinhaftung im elektronischen Geschäftsverkehr nach Rieder	189
1. Objektiver Rechtsscheintatbestand.....	190
2. Zurechenbarkeit.....	191
3. Schutzwürdigkeit des Vertragspartners	192
4. Rechtsfolge.....	192
III. Stellungnahme.....	192
D. Fazit zu den alternativen Lösungsansätzen	195
§ 6 Eigener Lösungsvorschlag.....	197
I. Objektiver Rechtsscheintatbestand.....	198
1) Bedingungen für einen neuen Rechtsscheintatbestand.....	198
2) Festlegung einer „Sicherheitsschwelle“	199
3) Verzicht auf ein Erfordernis gewisser „Häufigkeit und Dauer“	201
II. Zurechenbarkeit	202
1) Zurechnung (auch) anhand des Risikoprinzips?.....	202
2) Anknüpfung an das Verschulden des Accountinhabers.....	204
a) Grundsätzliche Heranziehung des Verschuldensprinzips	204
b) Die Herleitung des Verschuldensprinzips aus dem Rechtsgedanken des § 45i Abs. 4 TKG (§ 16 Abs. 3 S. 3 TKV a.F.).....	204
3) Einschränkung der Zurechnung.....	208
4) Beispiele.....	208
III. Gutgläubigkeit und Kausalität	209
IV. Rechtsfolge.....	209
§ 7 Zusammenfassung und Ergebnis.....	211
Literaturverzeichnis.....	213